

Die große Illusion – Der kulturelle Tod Europas kann bereits 2017 unumkehrbar werden

„**Regional** unterschiedliche demografische Entwicklungen, die zunehmende Mobilität der Arbeitskräfte und die Folgen des Klimawandels werden immer mehr Menschen veranlassen, ihr Herkunftsland zu verlassen.

Auf etwa 1 Mrd. Menschen schätzte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im vergangenen Jahr die Zahl der Migranten weltweit (davon 740 Mio. Binnenmigranten). Die IOM geht davon aus, dass diese Zahlen weiter steigen werden. Allein die internationale Migration würde bei gleichbleibenden Wachstumsraten auf 405 Mio. Migranten bis 2050 steigen, schätzt die IOM auf der Basis der Zahlen der UN-Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten UNDESA (2000: 150 Mio., 2010: 214 Mio.).

Die Autoren gehen außerdem davon aus, dass besonders die irreguläre Migration zunimmt. Ihr Anteil wird steigen, weil das Arbeitskräfteangebot in den Herkunftsregionen den Arbeitskräftebedarf in den Zielregionen übersteigt und diese die legalen Einreisemöglichkeiten beschränken. Dies habe zur Folge, dass neben Wirtschaftsmigranten zunehmend unbegleitete Minderjährige, Asylsuchende sowie Opfer von Menschenhandel, Naturkatastrophen oder Klimawandel auf irregulärem Weg versuchen einzuwandern.“

Quelle Bundeszentrale für politische Bildung

Deutschland befand sich bis vor kurzem im willkommenskulturellen Glückstaumel. Doch Verunsicherung greift um sich. Nützt die große Einwanderungswelle wirklich denen, die Hilfe dringend benötigen? Kommen wirklich nur Flüchtlinge? Und was werden die Folgen der Einwanderungswelle für die Gesellschaft hierzulande sein?

Unbestritten bleiben Flucht vor politischer Verfolgung und vor dem Krieg gültige Aufnahmegründe in unserem Land. Politische Verfolgung ist der einzige Grund für die Gewährung politischen Asyls in der Bundesrepublik. Die Flucht vor dem Krieg ist ein Grund für die Erteilung des Flüchtlingsstatus nach UN-Kriterien und damit Grundlage für eine Aufenthaltsgewährung in der Bundesrepublik.

Doch wie sind diese beiden Sachverhalte unter den derzeit gegebenen Umständen an den deutschen Grenzen und in den Erstaufnahmeeinrichtungen überhaupt sicher feststellbar?

Gar nicht. Fakt derzeit ist: Der Migrant sucht sich das Land seiner Wahl aus. Das Land seiner Wahl muss ihn aufnehmen. Es ist in der Regel ein Land mit hohen Sozialstandards.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Wer kommt? Zum großen Teil handelt es sich nicht um Flüchtlinge. Der Begriff wird medial und politisch inflationär verwendet, um eine Dringlichkeit und Not zu suggerieren, die vielfach nicht vorliegt, nur um so die Aufnahme der Einwanderer durchzusetzen.

Eine per Smartphone und von professionellen Schleppern mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln durchgeplante und durchgeführte Reise ist keine „Flucht“, wie dies auch der saubere, wohlgenährte und wohlfrisierte Eindruck vieler Reisenden bestätigt.

Und wer Kinderwagen sowie Rucksäcke aufbewahren kann, wenn er über die grüne Grenze oder das Meer kommt, verliert seinen Pass in den allermeisten Fällen absichtlich.

Natürlich kommen sehr viele Menschen aus nackter Not. Doch da gibt es eben auch die, die ihren Pass „verloren“ haben. Was diese überwiegend männlichen Reisenden in großer Zahl heute gegenüber den Aufnahmeländern machen, ist schlicht illegal und Nötigung.

Der Nachzug von Frauen und vorerst zurückgelassenen Familien wird aus „humanitären Gründen“ kommen. Alle aktuell genannten Einwandererzahlen und Prozentzahlen des Verhältnisses zu den Einheimischen, mit denen die Deutschen beruhigt werden sollen, sind jetzt schon obsolet.

Die Migranten wissen nun, was durch Schaffung vollendeter Tatsachen möglich ist, und werden sich das merken.

Eine klandestine (heimlich, geheim) neoliberale Agenda

Offiziell dient dieses alles der Rettung vor der demographischen Katastrophe und der angeblich vor dem Untergang stehenden Sozialsysteme. Diejenigen, die jetzt dieser Völkerwanderung etwas Gutes abgewinnen wollen, irren in mehrfacher Hinsicht. Das fängt schon beim Widerspruch zwischen der deutschen Politik der offenen Tür und der Quotenforderung an.

Die Absicht kann nur folgende sein: Da wohl über 60 Prozent der Asylanträge in Deutschland abgelehnt werden, bedeutet dies, dass Deutschland die „besseren“ Migranten, also die möglicherweise besser ausgebildeten Fachleute, abschöpfen will und den Rest dann per Quote an die anderen EU-Staaten abschieben wird. Diese benötigten aber keine Zuwanderer.

Deutschlands Haltung ist also nicht barmherzig, sondern eigennützig und unsolidarisch.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Das Problem ist nur, wie die Abschiebung von so vielen abgelehnten Migranten aus Deutschland vor sich gehen soll, denn die meisten werden nicht gehen wollen. Dass die Vermehrung des Angebots an Arbeit nebenbei auch zu einer weiteren Senkung des Lohnniveaus beitragen wird, nehmen alle Parteien, besonders die SPD und die Grünen, bewusst in Kauf.

Im Grunde vertreten sie und alle linken „Menschenfreunde“ knallharte neoliberale Agenden.

Am Freitag, 8. Juli 2016, hat der Bundesrat das neue sogenannte Integrationsgesetz gebilligt. Neben allerlei Verwaltungsvorschriften und »Kann«-Bestimmungen sind dort einklagbare Ansprüche versteckt, mit denen rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber dauerhaft in Deutschland bleiben können.

Berthold Kohler fragt am 9. September 2015 in der FAZ, ob „die höchst heterogenen (uneinheitlichen) Völkerscharen, die aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen und Motiven kommen, auch zu braven Verfassungspatrioten, fleißigen Handwerkern und überzeugten Beitragszahlern“ erzogen werden könnten.

Der grünlinke Mainstream / das Gutmenschentum werden diese Frage mit „Ja“ beantworten und arbeiten deshalb mit unlauteren Vergleichen: „Schon einmal, nach dem Zweiten Weltkrieg, gelang es uns, Millionen Kriegsflüchtlinge aus Osteuropa in unsere Gesellschaft zu integrieren“ (Quelle Compact).

Es ist diesen Linken – die ja bekanntlich weder Volk noch Nation noch Heimat schätzen, sondern nur eine abstrakte „Menschheit“ und eine diffuse „Gesellschaft“ – nicht zu vermitteln, dass Ostpreußen, Pommern und Schlesier auch Deutsche waren, die gar nicht erst „integriert“ werden mussten.

Die Realisten werden die Frage aber klar verneinen müssen, denn geschätzte 80 Prozent der Einwanderer sind Muslime, die – unbeschadet ihres individuellen Glaubenszugangs – seit frühester Kindheit gehört haben, Ungläubige seien weniger wert als das Vieh, denn so steht es tatsächlich im Koran.

Und der Islam beziehungsweise die Umma sei das Beste, was der Menschheit je widerfuhr, obwohl dort zivilisatorisch, wissenschaftlich und kulturell seit mehreren Jahrhunderten weithin Stillstand herrscht: es gibt kaum Forschung und Wissenschaft, kaum Literatur, keine Oper, keine Operette, kein Kabarett, keine darstellende Kunst, Probleme mit der Musik wie der Meinungsfreiheit und den Frauenrechten.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Auf Deutschland übersetzt bedeutet dies: Muslime werden ihre Kinder nicht in Kitas links-grün zwangserziehen lassen und auch der Genderideologie nicht folgen.

- Islamisierung ist ein Reizwort, sie findet trotzdem statt. Wie viele Muslime gab es 1960 in Deutschland und wie viele gibt es heute?
- Wie viele Moscheen und islamische Kulturzentren wurden seitdem gebaut und wie viele sind in Planung?
- Wie viele Milliarden pumpen Saudi-Arabien und das benachbarte Emirat Katar gerade heute nach Europa, um genau die Islamisierung zu fördern, die unsere Politiker bestreiten?

Der Islam ist nicht nur Religion, sondern striktes politisches Regelwerk, von seiner Gründungsidee her per se diktatorisch und damit undemokratisch.

Der Einzelne muss sich dem Kollektiv unterwerfen. Das Kollektiv wird in der Regel von einer Handvoll alter Männer geführt.

Es wird immer nur eine Frage der konkreten politischen Konstellation sein, ob und in welcher Form er sein gewalttätiges Gesicht zeigt.

Soziologiehörige Linke und atheistische Karteichristen haben kein Gespür für die irrationalen Leidenschaften des Glaubens.

Das große gesellschaftliche Experiment

Ist dies Paranoia? Man muss, nur ein Beispiel, an die Gallup-Studie aus dem Jahre 2009 erinnern, der zufolge 38 % der Afrikaner (450 Millionen) gern ihren Kontinent verlassen wollen – in Richtung Europa, versteht sich. In Afrika wird sich die Zahl der Menschen von heute 1,2 Milliarden bis zum Jahr 2100 auf 4,4 Milliarden fast vervierfachen.

Der Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn hat die Zahl der nach Europa Strebenden schon vor zehn Jahren auf über 150 Millionen beziffert. Die überschüssigen Söhne aus Afrika und Asien wollen ihren vermeintlich berechtigten Anteil – die erzwungene Einwanderung ist nur der Auftakt.

Und Multikulti-Deutschland klatscht Beifall, da es angeblich „demographisch bis 2050 mindestens 500.000 [Neuzugänge] jährlich [benötigt], [eine Zahl,] der keiner richtig ins Gesicht sehen möchte“, so Heinsohn – SPD-Chef Gabriel hat es nun getan. Jedes Jahr eine neue muslimische Großstadt in Deutschland. Am Ende würden es über 17 Millionen kulturfremde Menschen mehr sein in einem Land, das nicht mehr Deutschland wäre, weil es dies nicht mehr sein will.

Was die SPD, die Grünen und die Linke zusammen mit einer getriebenen CDU gerademachen, ist ein großes gesellschaftliches Experiment. Warum sie alle sich so sicher sind, dass es glückt, weiß niemand so recht.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Linke Sozialingenieure haben noch nie vor Katastrophen zurückgeschreckt, wie die Geschichte eindrucksvoll lehrt. Sondern sie haben ebendiese Katastrophen „optimistisch“ im Glauben an die Erziehbarkeit des Menschen betrieben.

Das Narrativ (sinngabende Erzählung) geht etwa so: Deutschland und Europa, von hegemonialen alten weißen Männern faschisiert, sind schuld an allem Elend der Welt: an Auschwitz, Kolonialismus, Rassismus, Sexismus und so weiter. Verdientermaßen soll es in seiner jetzigen Form untergehen.

Strafe als Dialektik der Geschichte, versetzt mit einer großen Portion Selbsthass. Dass die breite Basis ärmer sein wird: was soll's.

Diese typisch linke Phantasie vom Himmel auf Erden ist voller Widersprüche und blinder Flecken. Aber so ähnlich denken zu viele Deutsche im willkommenskulturellen Glückstaumel. Und das ist eine Katastrophe.

Wahrheiten zur Flüchtlingskrise

Immer wieder wird die aktuelle Zahl der Einwanderer mit der Gesamtzahl der bundesdeutschen Bevölkerung verglichen. Das erzeugt keine zutreffenden Prognosen. Die Grundlage für Zahlenvergleiche sollte ohne Denkverbote bei Lichte betrachtet werden.

Um zu Ergebnissen zu kommen, genügt die Anwendung der Grundrechenarten.

In 2015 sind so viele Migranten wie nie, 2,1 Millionen, seit Bestehen der Bundesrepublik nach Deutschland gekommen. Dabei handelt es sich bei weitem nicht nur um Flüchtlinge.

Neuerdings heißen sie nicht mehr Flüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge oder Asylantragsteller, sondern nur noch „Schutzsuchende“.

Oder in „Schönsprech“: Es kommen Menschen mit Fluchterfahrung. Klingt irgendwie niedlicher. Menschen mit Erfahrung werden in der Wirtschaft ja gesucht.

In der Politik werden reale Verhältnisse zunehmend vernebelt, es wird beschwichtigt oder schlicht gelogen. Negative Begriffe sind böse, erkannte schon George Orwell, und deshalb ließ das totalitäre Regime in seinem Zukunftsroman «1984» nur Wörter zu, die positiv klingen.

Diese euphemistischen Wortschöpfungen sollen uns Bürger einlullen. Denn diese Krisenbeschönigungen haben nichts Anderes zum Ziel, als uns die Veränderungen, die in Politik, Verwaltung und Lobby zu unseren Lasten vollzogen werden, nicht bemerken zu lassen.

Wir werden regelrecht manipuliert.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Allen Entscheidungsträgern ist nach eigener Aussage bekannt, dass dies nicht das Ende der euphemistisch als Zuwanderung bezeichneten Völkerwanderung ist.

Daran werden weder die mit der Türkei getroffenen Vereinbarungen noch andere Maßnahmen etwas ändern, solange nicht ein grundsätzlicher Kurswechsel vollzogen wird, falls dieser gewünscht wird.

Dieser Kurswechsel ist indes von den etablierten Parteien nicht zu erwarten.

In 2035 werden etwa acht Millionen Migranten mehr in Deutschland leben!

Zeitungsberichten zufolge leben zusätzlich mindestens eine halbe Million Migranten aus 2015 ohne Registrierung in Deutschland.

Hinzu kommen die 3 – 5 Millionen Illegalen, die schon länger in Deutschland leben. Wie viele werden es 2035 sein?

Vergleich zur Einwohnerzahl unzulässig

Neben dem Hinweis auf das Asylrecht lautet das Hauptargument der Befürworter dieser beispiellosen Einwanderung gegen eine angebliche Panikmache durch die Kritiker dieser Entwicklung, gegen die Deutschland nach Feststellung der Bundeskanzlerin Angela Merkel machtlos sei, dass ein, zwei oder auch drei Millionen wenig sind im Vergleich zu den 79 bis 80 Millionen Menschen, die derzeit in Deutschland leben. Doch dieser Vergleich ist unzulässig.

Nach Ausweis der vom BAMF veröffentlichten Zahlen sind die Einwanderer nicht zwischen einem und 100 Jahren alt, sondern es handelt sich fast ausschließlich um Menschen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren, und auch noch jüngere.

Damit muss korrekterweise exakt diese Altersgruppe mit der in der Bundesrepublik Lebenden verglichen werden. Das Statistische Bundesamt zählt in dieser Altersgruppe nur noch knapp 15 Millionen Menschen in Deutschland. Das kann auf dessen Webseite anhand der dort gezeigten interaktiven Alterspyramide jeder nachprüfen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, um dieses Unwort zu benutzen, gerade in dieser Altersgruppe beträgt etwa 3,5 Millionen Menschen.

Bei der Tatsache, dass es sich bei den sogenannten Schutzsuchenden meist um Männer handelt, ist ein Familiennachzug überwiegend zu erwarten. Derzeit weiß aber niemand, wie viele von den Einwanderern bleiben oder wie viele Menschen beim Familiennachzug auf einen dauerhaft Bleibenden kommen werden. Es gibt Schätzungen zwischen drei und acht Personen. Blicke etwa nur die Hälfte der drei bis vier Millionen Migranten in Deutschland und kämen nur drei Personen pro anerkanntem Flüchtling beziehungsweise Asylantragsteller, dann handelte es sich um acht Millionen Menschen, die in 2020 zu den 15 Millionen der genannten Altersgruppe dazukämen.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Anteil der Migranten wird weiter steigen

Von den 23 Millionen Einwohnern hierzulande, die zwischen 20 und 35 Jahren alt sind, hätten also in 2020 rund 11,5 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Das ist die Hälfte. Dabei ist die zumindest in der ersten Generation höhere Geburtenrate der Einwanderer noch nicht berücksichtigt.

Man muss nur 30 Jahre weiterdenken, wenn die Mehrheit, also über 50 Prozent der jetzt in Deutschland Lebenden, und das sind ältere Menschen, gestorben sein wird, um sich die Zusammensetzung der bundesdeutschen Bevölkerung in der Zukunft vorzustellen.

Es gibt einige Unsicherheiten bei dieser Hochrechnung, nämlich die Höhe der Einwanderung, der Bleiberechtvergabe und des Familiennachzugs in den nächsten Jahren. Trotzdem ist sie sehr wahrscheinlich.

Nun reicht es hier und heute nicht dies erneut festzustellen und zu beklagen, wir sollten einen Schritt weiterdenken. Deshalb will ich an dieser Stelle versuchen einen Blick auf den etablierten Diskurs zu werfen.

Die Frage nach bürgerlicher Unterstützung und nach der Wirkung in die Gesellschaft hinein ist kaum in knapper Zeit zu beantworten. Doch will ich ein paar streitbare Beispiele nennen, die uns Hoffnung geben sollten, dass meine Meinung einen fruchtbaren, einen intellektuellen und renommierten Boden hat.

Immerhin ließ sich *die Zeit* unlängst dazu hinreißen sog. neu-rechte Intellektuelle aus dem Mainstream wie folgt zu kommentieren: „**Sie verraten sich selbst.**“ Man sollte eher sagen: Sie verraten die linksliberale Blindheit!

Folgende Beispiele sind daher in meinen Augen ein Anzeichen für ein schockbedingtes Realitätsleuchten.

- Der bekannte Staatsrechtler Karl-Albrecht **Schachtschneider** hat eine Verfassungsklage geschrieben, in der er unterstützt vom patriotischen „Greenpeace“, dem Netzwerk „Einprozent“ die Identitätsfrage unseres Landes stellt.
- Die beiden ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Hans Jürgen **Papier** und Udo **Di Fabio** stellen sich offen gegen die Regierung, der sie einen Verlust von Rechtsstaatlichkeit vorwerfen und was zugleich demokratische Destabilisierung bedeute.
- Der Markt-liberale Ökonom Hans-Werner **Sinn** bestätigt die Entwicklung hin zu einem Bevölkerungsaustausch, er sieht aufziehende Konflikte für die Sozialsysteme und hält auch die Grenzverteidigung als verfassungsgeboden.
- Und kürzlich hat sich auch Peter **Sloterdijk** überraschend deutlich geäußert. Im Magazin Cicero fand er unerwartet starke Worte zur Politik der Regierung: „Die deutsche Regierung hat sich in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben. [...] Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich **keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.**“

Aktuelles zur Völkerwanderung am 17. Juli 2016

Die Forderung des Bundespräsidenten Joachim Gauck aus dem August 2015, man müsse sich von der Vorstellung lösen, dass für fast alle Bürger Deutsch die Muttersprache sei und Bundesbürger überwiegend christlich und hellhäutig seien, beruht nicht auf einer Prophetie. Sie ist richtig. Es fällt lediglich auf, dass er von „Deutschen“ überhaupt nicht mehr gesprochen hat. Auch das ist konsequent.

Man mag es bedauern oder nicht: Die Bundesrepublik Deutschland wird tatsächlich überwiegend nicht mehr von einem deutschen Volk, sondern von einer multiethnischen Bevölkerung aus Bundesbürgern bewohnt werden.

Dabei handelt es sich in der Tat um eine nachhaltige Veränderung!

Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zu diesem Thema im Zusammenhang mit der gescheiterten Asylpolitik und anderen Themen wird das Wissen und das Verständnis unserer Zukunftsprobleme deutlicher machen. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

* *Die gemachten Ausführungen zu diesem aktuellen Thema stellen nur meine Meinung dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*